

## B E R I C H T

an die  
Stadtverordnetenversammlung

Anfrage Nr.  
**56/16-21**

**Betreff: Ausgabe von eigenen Anleihen durch die Stadt Rüsselsheim am Main**

### **Bericht des Magistrates:**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

**Frage 1: Wie schätzt der Magistrat die Möglichkeit der Ausgabe von eigenen Anleihen durch die Stadt Rüsselsheim ein?**

### **Antwort:**

Die Ausgabe von Anleihen durch die Stadt ist grundsätzlich möglich. Der Magistrat hat sich aber mit der Frage der Ausgabe von Anleihen noch nicht nachhaltig befasst. Ein Finanzierungsmodell im Rahmen eines „Bürgerkredites“ wurde vor einigen Jahren nicht weiter verfolgt. Fundiertes Fachwissen zur Beurteilung dieser Frage liegt ebenfalls noch nicht vor. Obwohl sich der Kreis der Kreditgeber in den letzten Jahren verringert hat, sieht der Magistrat derzeit keine Notwendigkeit, das Thema Anleihen weiter zu verfolgen.

Das Instrument der Kommunalanleihe wird überwiegend von großen Städten und hier insbesondere von Städten aus Nordrhein-Westfalen zur Umschuldung von Verbindlichkeiten genutzt. Ziel dieser Anleihen ist unter anderem, den Kreis der Kreditgeber auf Bereiche außerhalb der Bankenwelt zu erweitern (z.B. Versicherungen). Durch den Zusammenschluss von mehreren Städten wurden daher Anleihepakete in Größenordnungen von 125 Mio. € - 400 Mio. € ausgegeben, wobei Einzelbeträge ab 25 Mio. € die Untergrenze dargestellt haben.

In der Regel sind Anleihen auch unter Berücksichtigung des administrativen Aufwandes erst ab einer Größenordnung von 100 Mio. EUR wirtschaftlich sinnvoll.

**Frage 2: Welches Volumen wäre für die Stadt Rüsselsheim vorstellbar?**

**Antwort:**

Eine Anleihe würde wie ein Investitionskredit zur Finanzierung von Investitionen bzw. zur Umschuldung laufender Krediten ausgegeben werden. Aufgrund des derzeitigen Investitionsbedarfes wäre ein Anleihevolumen von 15,0 Mio. EUR realistisch.

**Frage 3: Welcher Zinssatz wäre nach Einschätzung des Magistrates vorstellbar?**

**Antwort:**

Die Höhe eines möglichen Zinssatzes würde von mehreren Faktoren abhängig sein. Daher ist eine pauschale Aussage nicht möglich. Der Zinssatz sollte jedoch dem eines vergleichbaren Investitionskredites entsprechen.

**Frage 4: Wie hoch wären die Emissionskosten einer solchen Anleihe?**

**Antwort:**

Eine Anleihe würde von einem Kreditinstitut oder einem Bankenkonsortium (wie in Nordrhein-Westfalen) durchgeführt werden. Konkrete Aussagen von Kommunen über Emissionskosten (Kosten für Börseneinführung, Provisionen, Veröffentlichungsgebühren etc.) sind nicht bekannt. Generell betragen die Kosten rund 1,5% bis 2,0% des Darlehensbetrages, bei 15,0 Mio. EUR von 225.000 EUR bis 300.000 EUR.

**Frage 5: Wie schätzen die Städte Dortmund, Essen, Herne, Remscheid, Solingen, Wuppertal aktuell die Ausgabe ihrer Anleihen ein? Welche Erfahrungen haben diese Städte mit der Ausgabe eigener Anleihen gesammelt?**

**Antwort:**

Die Städte haben mit der Herausgabe ihrer Anleihen durchweg positive Erfahrungen gemacht. Einige Anleihen waren sogar überzeichnet gewesen. (Internetrecherche).

**Frage 6: Wie schätzt der Magistrat die Möglichkeit der Ausgabe von eigenen Anleihen im Rahmen der kommunalen Zusammenarbeit mit anderen Städten, Gemeinden und Kreisen im Umland ein. Wäre etwa eine „Bürgeranleihe Kreis Groß-Gerau“ aus Sicht des Magistrates denkbar?**

**Antwort:**

Nach aktuellem Kenntnisstand ist eine Anleihe erst ab einer Mindestsumme von 100 Mio. EUR sinnvoll. Auf Grund der geringen Kreditsumme die die Stadt benötigt (max. 15,0 Mio. EUR pro Einzelaufnahme), der noch geringeren Summen, die aus den Umlandgemeinden zu erwarten sind und unter Berücksichtigung des hohen Organisations- und Koordinationsaufwandes zwischen den Kommunen und der Bank, die die Anleihe organisiert,

erscheint die Herausgabe einer Anleihe im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit nicht sinnvoll.

Eine „Bürgeranleihe Kreis Groß-Gerau“, durch die sich insbesondere die Einwohnerinnen und Einwohner des Kreises an kommunalen Projekten beteiligen können, ist vorstellbar. Dabei wird aber eher die Identifikation mit der Maßnahme im Vordergrund stehen. Eine Bürgerbeteiligung an einer pauschalen Anleihe zur Finanzierung von Investitionen wird eher negativ gesehen.

Rüsselsheim am Main, den 22.05.2018

Udo Bausch  
Oberbürgermeister